



# WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden Ausgabe Juni 2015

## Melitta: Vergessene Treueschwüre

Die Treueschwüre auf den Standort Minden sind vergessen. Jetzt wird klar, was mit der Internationalisierung der Melitta-Gruppe gemeint ist: Massive Standortverlagerungen. Cofresco soll in Minden dicht gemacht und bis zum Herbst 2017 nach Polen verlagert werden. Den ersten Stellenstreichungen und Verlagerungen nach Polen im vergangenen Jahr folgt nun die Komplett-Lösung. Lediglich Forschung und Entwicklung verbleiben in Minden. 164 Beschäftigte und ihre Familien haben nun eine unsichere Zukunft.

Der Familie Bentz reichen die bisherigen Profite nicht aus, sie wollen

mehr. Dafür sollen nun die polnischen Billiglöhne und weitere Arbeitsplatzvernichtung sorgen. „Mission 2020“ nennen sie das.

Das Mindener Tageblatt sprach von „frischen Impulsen“ für die Melitta-Gruppe.

Derartige „Impulse“ gab es auch im Druckhaus Bruns, als den Beschäftigten erhebliche Lohn-einbußen aufgezungen wurden, um die neue Drucktechnik zu bezahlen.

### Der Wettlauf

Ein weiterer Impuls dieser Art war



Am 10. Mai veranstaltete die Gewerkschaft ver.di zusammen mit dem Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen eine Informationsveranstaltung über die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA vor und im Klinikum. Unter dem Motto „Diese Verträge gefährden Ihre Gesundheit!“ Die Mühlenkreiskliniken gehören zu der schwindenden Zahl von Krankenhäusern in öffentlicher Hand und sind nicht der privaten Gewinnmaximierung unterworfen. Das wäre durch diese Abkommen gefährdet. In den USA gibt es kein öffentliches, für alle zugängliches Gesundheitssystem. Das muss hier verhindert werden.

auch die Schließung von Samas, ehemals Drabert. Die große Überschrift dafür lautet immer, es gelte die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu erhöhen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen sei das Ziel. Allerdings werden es immer weniger Arbeitsplätze, von denen der Mensch leben kann. Bei steigender Arbeitsproduktivität werden Beschäftigte überflüssig, entweder hier oder in anderen Betrieben, entweder hier oder in anderen Ländern.

Es ist ein Verdrängungswettbewerb. Er wird auf Kosten der Beschäftigten geführt. Dabei geht es allein um die Rendite des Unternehmens. Deren Höhe ist durch nichts anders bestimmt als durch den Vergleich mit Konkurrenten oder gar den Profiterwartungen auf den Finanzmärkten.

Nach oben hin gibt es keinerlei Begrenzungen; es ist immer zu wenig. Der Heißhunger des Kapitals nach Profit ist prinzipiell unersättlich. Der Abbau von Arbeitsplätzen, das Senken von Löhnen, Sozialabgaben und der Gewinnsteuern sind die wichtigsten Mittel dazu. Die steigen-

Fortsetzung auf Seite 2

de Produktivität führt zu immer neuen Überkapazitäten, die dann durch Stilllegungen wieder zurückgefahren werden. Kapitalismus ist ohne Krisen nicht denkbar.

Bei diesem Rattenrennen haben diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, letztlich das Nachsehen. Die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern heißt im Endeffekt, sich selbst überflüssig zu machen. Dabei ist es ein grandioser Fortschritt, dass immer weniger

Arbeitskraft aufgewendet werden muss, um die für uns notwendigen Dinge herzustellen. Möglich wären eine deutliche Senkung der Arbeitszeit, Arbeit und mehr Lebensqualität für alle.

Die Wirtschaft kann dem Menschen dienen und nicht umgekehrt wie jetzt. Möglich wäre, demokratisch Ziele und Methoden der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abzustimmen und gemeinsam umzusetzen. Doch dafür müssen die arbeitenden Menschen auch die Eigentümer der Arbeitsmittel sein, mit denen sie arbeiten.

Solange das nicht der Fall ist, müssen wir um jeden Cent, um jeden Arbeitsplatz und um jedes Recht kämpfen. Und dafür eintreten, dass überall möglichst hohe Löhne gezahlt werden und gute Arbeitsbedingungen herrschen, damit wir nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Jetzt gilt die Solidarität dem Ringen der Belegschaft, mit ihrer Gewerkschaft und ihrem Betriebsrat die Interessen der Betroffenen möglichst wirksam durchzusetzen. Wobei wir keinen Zweifel daran lassen, dass eine Arbeitsplatzvernichtung niemals „sozialverträglich“ sein kann.

## BASF: Nur ein neues Firmenschild?

Das Mindener Werk der BASF wurde zusammen mit zwei weiteren in Saint-Vulbas/Frankreich und Evionnaz/Schweiz an das Schweizer Unternehmen Siegfried Holding AG verkauft. Den Beschäftigten wird zunächst eine Weiterbeschäftigung für zwei Jahre versprochen. Nur zur Ruhigstellung?

Auf der Homepage der Holding heißt es: „Siegfried will alle drei Standorte des Pharma-Zuliefergeschäfts von BASF weiterführen. Gleichzeitig werden alle bisherigen und neuen Produktionsstandorte der Siegfried Gruppe auf ihre Ressourceneffizienz und Synergien überprüft, um mittel-

und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.“



Das ist der übliche Weg: Die börsennotierte AG hat sich eine ganze Reihe von Firmen einverleibt und nach dieser Einkaufstour wird geprüft, wie der Gewinn auf Kosten der Arbeits-

plätze gesteigert werden kann. Denn die Gewinnerwartungen der Aktionäre wurden in der zurückliegenden Zeit nicht erfüllt. Das soll sich ändern.

Damit steht auch in Minden Arbeitsplatzabbau ins Haus. In Nantong/China wurde jüngst eine neue Produktionsanlage in Betrieb genommen. Die könnte zur billigen Konkurrenz zum Mindener Werk ausgebaut werden.

Der Aktienkurs der AG stieg nach dem Zukauf – die Gewinnerwartungen der Aktionäre sind demnach hoch. Und der Druck, sie auch zu realisieren, wird entsprechend groß sein.

## Mindestlohn: Vorsicht Tricks!

Der Kreis Minden-Lübbecke gehört zu den Regionen, in denen viele Beschäftigte vom Mindestlohn profitieren. Es gab auch bei uns in den vergangenen Jahren eine starke Zunahme prekärer Arbeit, insbesondere von Teilzeit bei Frauen und Männern.

Wer heute für 8,50 Euro die Stunde arbeitet, gehört zu den Niedriglöhnern. Ein Vollzeitbeschäftigter kommt damit auf knapp 1500 Euro brutto im Monat. Das reicht schon heute kaum, um über die Runden zu kommen, und schon gar nicht später

für eine auskömmliche Rente. So unzureichend die Höhe des Mindestlohnes ist, so notwendig war seine Durchsetzung.

Die vielen Ausnahmen, die der gesetzliche Mindestlohn ohnehin schon vorsieht, sind den Unternehmern nicht genug. Daher ihre Polemik gegen die Pflicht zur Aufzeichnung der Arbeitszeiten als „Bürokratiemonster“. Haben das nicht früher die Unternehmer peinlichst betrieben und gefordert, damit die Beschäftigten ja keinen Pfennig oder Cent zu viel bekamen?

Ohne ein genaues Festhalten der geleisteten Arbeitszeit ist die Kontrolle über die Einhaltung des Mindestlohnes undenkbar. Genau darum geht es. Sie wollen sich die Möglichkeiten zum Unterlaufen ganz weit offen halten. Sie sind erfinderisch im Unterlaufen. So werden z.B. bisher gewährte Zulagen gestrichen oder insbesondere bei Minijobs die Arbeitszeiten manipuliert.

Wer mit derartigen Tricks konfrontiert ist, sollte sich unbedingt an seine zuständige Gewerkschaft wenden!

# Grundsteuer B, Elternbeiträge: Nur aufgeschoben

Die stärkere Belastung der Mieter und Eigenheimbesitzer durch die Erhöhung der Grundsteuer B ist nur verschoben. Sie war schon für den Fall angekündigt worden, dass der Kreis seine Umlage nicht senkt. Doch das Haushaltsloch ließ sich kurzfristig auf andere Art stopfen. Der historische Tiefstand der Zinsen bedeutet für den Stadtetat zusätzlich eine spürbare Entlastung.

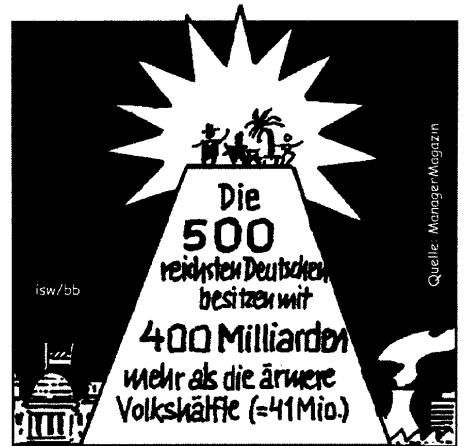
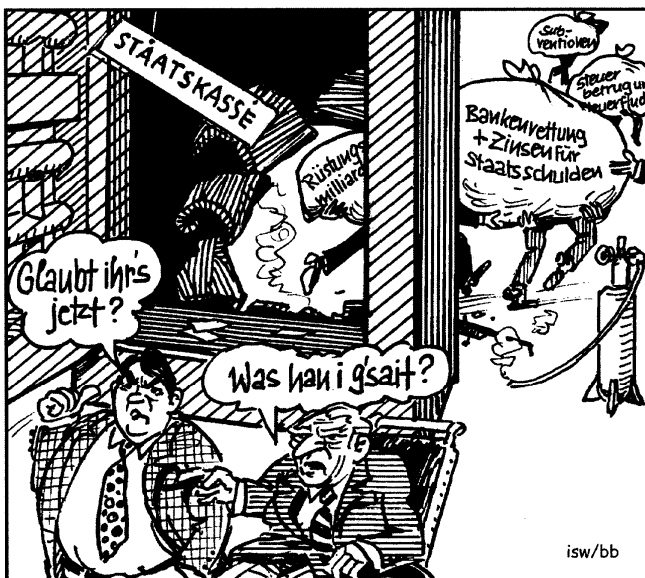
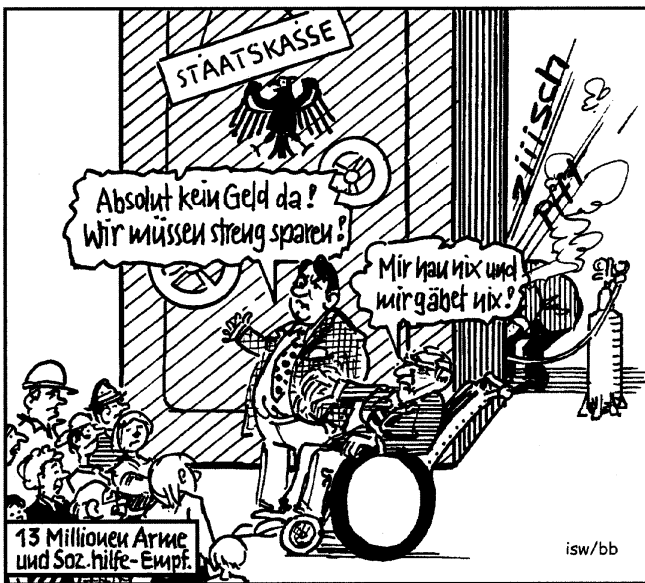
Nun wird die Entscheidung im November fallen. Und es scheint schon klar zu sein, wie sie ausfällt.

Aber auch die Eltern von Kita-Kindern sind erneut alarmiert. Die Beiträge sollen für 2016 erhöht werden. Damit werden die Löcher im Etat gestopft, um die magische schwarze Null im kommenden Jahr zu erreichen. Denn ab 2016 sollen keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden dürfen. Und das vor dem Hintergrund völlig unzureichender Mittel, die die Kommunen für ihre vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge erhalten.

Wenn nun der Bund den Kommunen in den kommenden Jahren fünf Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung stellen will, ist auch das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Schon viel zu lange wird die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren

Es führt kein Weg daran vorbei: Der gesellschaftliche Reichtum darf nicht länger nur auf den Konten der Reichen und Superreichen landen.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen im vergangenen Jahr auf neue Rekordhöhen. Die großen Aktionärsfamilien wie Piech, Schaeffler, Siemens und Springer kassierten dreistellige Millionenbeträge. In keinem anderen Industriestaat werden große Vermögen so gering besteuert wie in Deutschland. Daran haben CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE aktiv mitgewirkt.



Mit der Großen Koalition zog die SPD dann den Schlusstrich unter ihre Wahlkampf-Forderung nach Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Und leider verstummten auch die Forderungen aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Das muss wieder anders werden.

Denn die lokalen Widerstände gegen die Abwälzung der Finanzprobleme der Kommunen auf die Mieter, Familien und die Armen bekommen nur dann eine Perspektive, wenn sie Teil einer Bewegung für eine andere Politik werden.

## Hier gibt 's mehr

Große Einigkeit herrscht in der Großen Koalition darüber, dass für die Aufrüstung der Bundeswehr, für noch mehr Auslandseinsätze künftig mehr Mittel bereit gestellt werden sollen.

War im Juni 2010 noch die Rede davon, dass auch in diesem Bereich gespart werden sollte, so wurden stattdessen die Ausgaben um 6 Milliarden erhöht. Das soll so weitergehen: 2016 sollen sie auf 34,2 Mrd. Euro steigen, um 2019 schließlich 35 Milliarden zu umfassen. Sie nennen es mehr „Verantwortung in der Welt übernehmen“.

Der Kurs auf eine Großmachtrolle Deutschlands kommt uns teuer zu stehen. Panzer und Drohnen statt Bildung und Soziales sind die Folge.

# Flüchtlinge unterstützen – Fluchtursachen bekämpfen

Auch in Minden wie in vielen anderen Orten gibt es ein erfreulich breites Einverständnis für die Unterstützung der Flüchtlinge, für ihre menschenwürdige Unterbringung, ein aktives humanistisch geprägtes Engagement.

## Flüchtlinge als Sündenbock

Es blieb in Minden der AfD vorbehalten, hier gegenzusteuern. Ihr Besuch bei Pegida wurde als eine rein touristische Aktion hingestellt – menschlich sucht sich eben seine Lieblingsziele aus. Die AfD stellte einen Antrag, in dem sie die Kosten für die Migranten als eine Ursache für die schlechte Finanzlage der Stadt Minden darstellte. In keinem anderen Zusammenhang wurde von ihnen jemals die schlechte Finanzlage thematisiert.

Das ist ein Ablenken von den wirklichen Ursachen der desolaten Haushalte unserer Kommunen. Das Führungspersonal der AfD setzt sich für die Verschärfung der Umverteilung von unten nach oben ein, für noch mehr soziale Ungleichheit, für längere Arbeitszeiten, für die strikte Beibehaltung der Agenda-Politik. Aus solchen „Wohltaten“ bestand auch das lokale Wahlprogramm der AfD.

Die AfD will jene Politik noch verschärfen, die die Probleme für die Menschen mit und ohne Job hervorbringen. Die Flüchtlinge sollen nur die Sündenböcke sein. Das war und ist das Markenzeichen aller rechtspopulistischen bis faschistischen Gruppierungen.

Wir aber brauchen keine Sündenböcke, sondern das gemeinsame Eintreten für eine soziale Politik!

Und über das humanistische Engagement hinaus bedarf es der Bekämpfung der Fluchtursachen.

## Auf der Flucht

Millionen Menschen sind auf der Flucht. Ein kleiner Teil von ihnen versucht das Mittelmeer zu überqueren und geht dabei das Risiko ein, das

Leben zu verlieren. Warum? Die Menschen fliehen aus Ländern wie dem Irak, Afghanistan oder Libyen. Sie sind von Kriegen zerstört die von den USA oder der NATO geführt wurden. Die Milizen in diesen Ländern werden je nach Interessenslage von den USA und Deutschland mit Waffen versorgt.

Der Bürgerkrieg in Syrien wurde von westlichen Staaten angeheizt. Die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ zog ihre Blutspur mit dem Segen der USA, denn sie galt als Verbündeter gegen Assad in Syrien. Aus Deutsch-



land werden Waffen nach Saudi-Arabien und die Türkei verkauft, die wiederum aktiv den IS unterstützen.

Gerade die rohstoffreichen Länder Afrikas sind von Bürgerkriegen geplagt. Den Nutzen haben Rohstoffkonzerne, die vor diesem Hintergrund billig an die Rohstoffe herankommen.

Große fruchtbare Landflächen werden an ausländische Konzerne verkauft, Bauern von ihrem Land vertrieben. Die heimische Wirtschaft hat keine Überlebenschance gegen die Billigimporte, die in der Regel hochsubventionierte Exportüberschüsse aus den reichen Industrienationen sind. Die Küsten werden durch große Fabriksschiffe z.B. aus Norwegen, Japan, Kanada, Spanien leergefischt. Diese Beispiele ließen sich endlos fortsetzen.

Europäische Konzerne sind die Aggressoren in einem Wirtschaftskrieg gegen die Bevölkerung Afrikas. Zurück bleiben eine zerstörte Umwelt, angezettelte Bürgerkriege und Menschen, denen jede Lebensgrundlage entzogen wurde.

Aber was fällt der EU und der Berliner Regierung ein? Sie denken ernsthaft an militärische Lösungen. Es wird diskutiert, ob man die Schiffe an Libyens Küste noch vor dem Auslaufen versenkt, damit sie gar nicht erst Flüchtlinge transportieren können. Die Alternative für die Flüchtenden ist dann das Verhungern. Das ist das völlige Gegenteil von „humanitären“ Lösungen!

Die Schließung der Grenzen und die Abschottung mit militärischen Mitteln liefert erst die Geschäftsgrundlage für die Schlepperbanden.

## Forderungen der DKP

Im Vordergrund muss die Achtung der Menschenwürde stehen. Das Asylverfahren muss vereinfacht werden.

Ärztliche Versorgung, menschenwürdiger Wohnraum und Sprachkurse gehören dazu. Die Arbeitssuche muss ermöglicht werden. An vielen Orten zeigen Ehrenamtliche, wie das funktionieren kann.

Geld ist genug da! Der Rüstungsetat steigt ständig. Mit diesem Geld könnte man all das (s.o.) finanzieren, ohne einen Euro zusätzlich vom Bürger zu verlangen.

Fluchtursachen bekämpfen heißt, die Ausplünderung des Südens zu beenden, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen.

Die Profite der großen Konzerne steigen auf immer neue Höhen, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst weltweit. Die Macht der Transnationalen Konzerne muss zurückgedrängt und überwunden werden.

Statt immer neuer Kriegseinsätze brauchen wir die Abrüstung und das Ende aller Rüstungsexporte.